

Lebenshilfe: Für mehr soziale Sicherheit von Menschen mit Behinderungen

Ein Appell anlässlich der Pressekonferenz der Armutskonferenz „10 Vorschläge, 10 Geschichten für eine neue Regierung“

„Ich möchte ein Gehalt, damit ich auch einmal von daheim ausziehen und selber wohnen kann. Damit ich mir mein Fitnesscenter selber leisten kann, ohne meine Mama zu fragen.“ Claudia Meister 36 Jahre arbeitet in der Lebenshilfe, wo sie Büroarbeiten übernimmt, für Firmen Grünanlagen pflegt, für eine Altmittel-Firma Computer zerlegt, eine Schule mit Jause versorgt und in einer Holzfirma aushilft.

Dafür erhält sie 45 Euro Arbeitsprämie. Das ist weniger als ihr Abo fürs Fitnesscenter kostet. Sie fordert daher Gehalt statt Taschengeld.

Es ist nicht weiter hinzunehmen, dass sich die Situation von Menschen mit Behinderungen am Arbeitsmarkt verschlechtert und dies weitgehend ignoriert wird.

Deswegen fordert die Lebenshilfe ein individuelles Recht auf Arbeit und damit das Fallen der 50 Prozent Arbeitsfähigkeits-Grenze sowie eine arbeits- und sozialversicherungsrechtliche Gleichstellung von Menschen in Tages- und Beschäftigungsstrukturen mit Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern.

Ein wesentliches Hindernis bleibt der Zugang zum Arbeitsmarkt. „Der reguläre Arbeitsmarkt soll durchlässig und flexibel sein, sodass der Zugang für Menschen mit Behinderungen ermöglicht und erleichtert wird“, so Albert Brandstätter, Generalsekretär der Lebenshilfe Österreich.

Oft kann schon der Weg zu Arbeit eine Hürde darstellen. Eine bundesweit einheitlich geregelte Assistenz bietet die Möglichkeit der selbstbestimmtesten und individuellsten Form der Lebensgestaltung. Unabhängig vom Pflegegeld, vom Ausmaß und Art der Behinderungen gilt dies für alle Menschen. Sie ermöglicht eine gleichgestellte Teilhabe am Arbeitsplatz und in allen Lebensbereichen.

Für einen inklusiven Arbeitsmarkt sind ebenfalls der Zugang zur inklusiven Bildung über die Lebensspanne hinweg – von der Elementarpädagogik bis zur Erwachsenenbildung – eine erforderliche Voraussetzung. Sie ist die Vorbereitung für eine inklusive Gesellschaft und damit auch unabdingbar für den gleichgestellten Zugang in den Arbeitsmarkt.